Platzspitz soll geräumt werden

Autor(en): [s.n.]

Objekttyp: Article

Zeitschrift: DrogenMagazin: Zeitschrift für Suchtfragen

Band (Jahr): 17 (1991)

Heft 4

PDF erstellt am: 22.07.2024

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-801376

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek* ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

Platzspitz soll geräumt werden.

Bis im kommenden Sommer soll es auf dem Zürcher Platzspitz keine offene Drogenszene mehr geben. Auswärtige Drogenabhängige werden in ihre Wohngemeinden zurückgeschickt. Im Rahmen eines Pilotprojekts soll eine kontrollierte Drogenabgabe an Süchtige erfolgen.

Zentraler Punkt der Massnahmen ist ein schrittweiser Abbau der Drogenszene auf dem Platzspitz, begleitet von sozialen und medizinischen Massnahmen. Ueber den entsprechenden Zeitplan wollte sich Polizeivorstand Robert Neukomm nicht äussern, im nächsten Jahr werde es aber auf dem Platzspitz keinen "Sommer 91" mehr geben.

Das Shop-Ville soll zudem nachts geschlossen und mit mehr Polizeipräsenz sicherer werden. Das Betteln - sei es im Shop-Ville oder anderswo - wird nach dem Willen des Stadtrats nicht mehr geduldet

Ausser in Notfällen können künftig nur noch Drogensüchtige mit Wohnsitz in der Stadt Zürich medizinische und soziale Hilfeleistungen in Anspruch nehmen. Auswärtige werden in ihre Wohngemeinden zurückgeschickt.

Im Rahmen eines Pilotprojekts schlisslich sollen an Süchtige Drogen abgegeben werden, sobald die entsprechende Bundesverordnung vorliegt. Zur Erhöhung der Sicherheit in den Quartieren werden rund um die Uhr spezielle Polizeipatrouillen eingesetzt.

Ziel der Massnahmen ist ein Abbau der Attraktivität des "Drogenmarktplatzes"

Zürich, wie die Stadträte erklärten. Langfristig sei aber eine Aenderung des Betäubungsmittelgesetzes des Bundes unabdingbar. Im übrigen hätten die nun beschlossenen Massnahmen nichts mit dem "dummen Vorstoss" (Neukomm) von Statthalter Bruno Graf zu tun, der die sofortige Räumung des Platzspitzes verlangt. Die stadträtliche Arbeitsgruppe sei schon lange vorher tätig gewesen.

Der Statthalter des Bezirks Zürich, Bruno Graf hat kurz vor den Eidgenössischen Wahlen mit einer aufsichtsrechtlichen Weisung die Räumung der Drogenszene auf dem Platzspitz bis zum 15. November verfügt. Dies sei angesichts der Unfähigkeit des Zürcher Stadtrates, für Ruhe, Ordnung und Sicherheit für alle Bürger zu sorgen, sicher gerechtfertigt. Graf, Nationalratskandidat der CVP, beauftragte den Zürcher Stadtrat zudem, die "Bildung von Drogenszenen an andern Orten und Plätzen der Stadt (..) unverzüglich und permanent zu verhindern." Der direkt angegriffene Polizeivorstand Robert Neukomm (SP) kritisierte Graf, nie das Gespräch gesucht zu haben und mit der Hau-Ruck-Methode die Probleme auch nicht lösen zu können. Er kündigte überdies Rekurs beim Regierungsrat an. Massive Kritik äusserten insbesondere die teils privaten Gruppen, die auf dem Platzspitz Überlebenshilfe (Arbeitsgruppe Platzspitz) leisten und für die Aids-Prävention zuständig sind. Auch Vertreter beinahe aller Parteien - inklusive der CVP - zeigten sich schockiert über das Vorgehen von Graf, dem das Verständnis für die Situation der Drogenabhängigen auf dem Platzspitz abgesprochen wurde.

Die baulichen Massnahmen gegen die Drogenszene auf dem Platzspitz gehen in unvermindertem Tempo weiter: Nach dem Matten-und Drahtschmidli-Steg wurde nun auch der Zugang zwischen der Sihl und dem Landesmuseum mit einem Tor verschlossen. Dieses kann nur mehr für Rettungsfahrzeuge geöffnet werden. Im Gegensatz zu den ersten Toren, die oft überklettert wurden und jeweils um 15.30 Uhr "Ladenschluss"haben, weist der neue Zaun herausragende Metallspitzen auf. Die Zaune sollen nach den Wünschen der städtischen Drogendelegation die Drogenhändler noch mehr verunsichern und neugierigen Jugendlichen den Zugang zum Park erschweren. Interessanterweise sind in den letzten Monaten die Preise für Heroin auf dem Platzspitz wegen eines Überangebotes und den marktschreierisch auftretenden Händlern völlig zusammengebrochen. Zur Zeit kostet ein Gramm "Gassenheroin" mit rund 100 Franken lediglich ein Viertel bis ein Fünftel des sonst üblichen Preises. Keine abgeschreckten Händler also; auch keine ins Endlose steigenden Preise angesichts der zunehmenden Repression: Interessant!

Einzelne Städte des schweizerischen Städteverbandes wollen ihre Drogenpolitik koordinieren und die offenen Szenen durch eine Dezentralisierung eliminieren. Vorgesehen ist, dass auswärtige DrogenkonsumentInnen in offenen Szenen konsequent von der Polizei in ihre Heimat "ausgeschafft" und dort den Eltern oder den Behörden übergeben werden sollen. Während in St. Gallen und Zürich die Skepsis überwiegt und Basel gar nichts von Rückschaffung wissen will, scheint Bern bereit zu sein, den Versuch zu wagen - und viele Abhängige in die Romandie zurückverfrachten zu wollen. Dies sei mit dem bestehenden Fürsorgegesetz vereinbar, das die Rückführung von Pflegebedürftigen und Kranken in ihre Wohngemeinden vorsehe, verteidigte der Berner Stadtpräsident die geplante Massnahme.